

Fragen

für die Fragestunde der 191. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 18. November 2020

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Akbulut, Gökay (DIE LINKE.)	77, 78	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	67, 68
Badum, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8, 63	Jung, Christian, Dr. (FDP)	49, 64
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 69	Kappert-Gonther, Kirsten, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	38, 39
Brandner, Stephan (AfD)	1, 2	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	84, 85
Brandt, Michel (DIE LINKE.)	23	Kindler, Sven-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	82, 83	Kluckert, Daniela (FDP)	5, 52
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	18	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	14, 53
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	50, 51
Friesen, Anton, Dr. (AfD)	73, 74	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 46	Lay, Caren (DIE LINKE.)	56
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55	Lehmann, Sven (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	43, 44	Luksic, Oliver (FDP)	34, 35
Gohlke, Nicole (DIE LINKE.)	3	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	40
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	86, 87	Nestle, Ingrid, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10
Herbst, Torsten (FDP)	47, 48	Neumann, Martin, Dr. (FDP)	11, 12
Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	4, 19	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	70, 71
Hohmann, Martin (AfD)	25, 26	Peterka, Tobias Matthias (AfD)	61, 62
Holtz, Ottmar von (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	80, 81	Pflüger, Tobias (DIE LINKE.)	28, 29
Huber, Johannes (AfD)	13, 72	Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 24
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	59, 79		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Renner, Martina (DIE LINKE.)	27, 58	Seitz, Thomas (AfD)	65, 66
Sarrazin, Manuel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	75, 76	Spaniel, Dirk, Dr. (AfD)	60
Schauws, Uille (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	16, 17
Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 57	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	21, 22
Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	36, 37		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz.....	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.....	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung.....	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	16
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes....	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat	17
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes.....	22

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Wirtschaft und Energie**

1. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Welche Auswirkungen werden nach Einschätzung der Bundesregierung die Maßnahmen zur Eindämmung der COVID-19-Pandemie auf das Wirtschaftswachstum Deutschlands in den kommenden fünf Jahren haben, und wie viele Arbeitsplätze werden voraussichtlich aufgrund dieser Maßnahmen bis zum 31. Dezember 2021 verloren gehen (bitte begründen)?
2. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)

Inwieweit hat die Bundesregierung aus dem ersten sogenannten „Shutdown“ in wirtschaftspolitischer Hinsicht gelernt, wenn angesichts der steigenden Anzahl positiver COVID-19-Testergebnisse der Bundesminister für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier davon spricht, dass alles getan werden muss, um Grenzsicherungen auch weiterhin zu vermeiden, da er diesbezüglich aus dem ersten „Shutdown gelernt“ habe (vgl. www.wiwo.de/politik/deutschland/coronapandemie-wirtschaftsminister-altmaier-will-erneute-grenzsicherungen-vermeiden/26568816.html), und inwieweit ist ein Schaden aus der Einführung von Grenzkontrollen im Frühjahr dieses Jahres entstanden (bitte entsprechende Summe benennen)?
3. Abgeordnete
Nicole Gohlke
(DIE LINKE.)

Wie viele Anträge im Rahmen der Bundesförderung für die coronagerechte Um- und Aufrüstung von raumluftechnischen Anlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten wurden bisher für welche Einrichtungstypen gestellt (bitte nach Hochschulen, Schulen, Kindertagesstätten etc. aufschlüsseln; vgl. www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/09/20200923-neuesfoerderprogramm-fuer-lueftungsanlagen-tritt-demnaechst-in-kraft.html, www.bafa.de/DE/Energie/Energieeffizienz/Raumluftechnische_Anlagen/raumluftechnische_anlagen_node.html)?
4. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)

Plant die Bundesregierung, Bäckereien und Konditoreien mit Cafébetrieb durch die „Novemberhilfe“ zu fördern, mit der „Zuschüsse pro Woche der Schließungen in Höhe von 75 Prozent des durchschnittlichen wöchentlichen Umsatzes im November 2019 gewährt“ werden (www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2020/10/2020-11-05-PM-ausserordentliche-wirtschaftshilfe-november.html), und ab wann plant die Bundesregierung eine Auszahlung der Hilfen an generell Berechtigte?

5. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Mit welchen Maßnahmen plant die Bundesregierung sicherzustellen, dass Gastronomen schnell und unbürokratisch von den angekündigten Hilfeleistungen profitieren können, und gibt es in diesem Zusammenhang einen Rechtsanspruch auf Ausgleichszahlungen für Umsatzausfälle für Gastronomen?
6. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission in ihrem Textvorschlag zur Definition wirtschaftlicher Tätigkeit im Energiesektor (www.politico.eu/wp-content/uploads/2020/10/Commission-Proposal-Economic-Activity-and-Scope-ECT-October-26-2020-Scanned-Version1.pdf) im Rahmen des Modernisierungsprozesses des Energiechartavertrages (ECV), dass für bestimmte Gasinvestitionen der Investitionsschutz im Rahmen des ECV noch bis Ende 2030 bzw. 2040 gelten soll, und welche Risiken sieht sie darin im Hinblick auf einen möglichen zukünftigen Ausstieg Deutschlands aus der Erdgasnutzung?
7. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission in ihrem Textvorschlag zur Definition wirtschaftlicher Tätigkeit im Energiesektor (www.politico.eu/wp-content/uploads/2020/10/Commission-Proposal-Economic-Activity-and-Scope-ECT-October-26-2020-Scanned-Version1.pdf) im Rahmen des Modernisierungsprozesses des Energiechartavertrages (ECV), dass der Investitionsschutz des ECV auf Wasserstoff, Biomasse und den Betrieb und die Wartung diverser Anlagen, Maschinen und Infrastrukturen, die größtenteils für die Förderung, Verarbeitung und den Transport von fossilen Brennstoffen benötigt werden, ausgeweitet werden soll, und welche Kommentare hat die Bundesregierung zum Kommissionsvorschlag eingereicht?
8. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Für wie viele Photovoltaikanlagen in Bayern läuft die 20-jährige Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) Ende dieses Jahres aus (Ü20-Anlagen; www.sueddeutsche.de/wirtschaft/immobilien-2021-enden-foerderungen-fuer-solaranlagen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200911-99-521916), und wie hoch ist der bayerische Anteil an Ü20-Anlagen am bundesweiten Anteil (bitte in relativen und absoluten Zahlen angeben)?

9. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kriterien (aufgeschlüsselt nach sozialen und ökologischen Kriterien) plant die Bundesregierung als Maßstab für die Zertifizierung von importiertem Wasserstoff aus erneuerbaren Energien, und welche konkreten Projekte plant das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie für den Aufbau einer Importinfrastruktur?
10. Abgeordnete
Dr. Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche ökologischen Kriterien legt die Bundesregierung als Maßstab für die Zertifizierung von grünem Wasserstoff aus heimischer Produktion an, und stimmt die Bundesregierung mir zu, dass der produzierte Wasserstoff immer nur so grün sein kann wie der Strommix zum Produktionszeitpunkt?
11. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Wird die Bundesregierung von der Verordnungsermächtigung in § 94 des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG 2017) zur Problematik des Verlustes von Begünstigungen von Unternehmen, welche Stromeffizienzmaßnahmen durchführen, Gebrauch machen oder eine alternative, vereinfachte Auffanglösung sowie eine beihilferechtliche Notifizierung dieser bei der EU-Kommission im Zuge der Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einführen?
12. Abgeordneter
Dr. Martin Neumann
(FDP)
- Fanden bei der aktuellen Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) seitens der Bundesregierung Abwägungen statt, welche Konflikte die im EEG enthaltenen Regelungen auf die Ziele zur Steigerung der Energieeffizienz, zur Entwicklung des Energiedienstleistungsmarktes und zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung verursachen?
13. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Wird die Bundesregierung auch im kommenden Jahr, unter Berücksichtigung eines möglicherweise neu gewählten US-amerikanischen Präsidenten, an ihrem bisherigen Kurs (www.heise.de/tp/features/Bundesregierung-schliesst-Baustopp-fuer-Nord-Stream-2-aus-4928486.html) bezüglich des Projektes „Nord Stream 2“ festhalten?

14. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wurde der Einstieg von Urenco in das Konsortium zum Bau des britischen Atomkraftwerks Sizewell C im gemeinsamen Ausschuss der Vertragspartien zum Abkommen von Almelo vorgestellt bzw. beschlossen (bitte unter Angabe von Daten und des Stimmverhaltens der Bundesregierung, vgl. www.urencocom/news/global/urencocom-joins-sizewell-c-consortium), und seit wann sind der Bundesregierung Pläne der Urenco bekannt, ein erstes modulares Atomkraftwerk an einem der drei niederländischen Standorte Borsele, Maasvlakte oder Eemshaven zu bauen (ggf. bitte unter Angabe des Stimmverhaltens der Bundesregierung im gemeinsamen Ausschuss, vgl. www.tubantia.nl/almelo/kerncentrale-in-het-klein-urencocom-werkt-aan-nieuw-soort-minireactor~a0966950/)?
15. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie ist der aktuelle Umsetzungsstand bezüglich der Pilotprojekte, bei denen „der Prozess der Fachkräftegewinnung von der ersten Ansprache bis zur Erstintegration in Deutschland begleitet, erprobt und optimiert wird“ (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Downloads/A/absichtserklaerung-fachkraeftegewinnung.pdf?__blob=publicationFile&v=6), und wie viele Pilotprojekte (differenziert nach Ländern) sollen nach bisheriger Planung bis Ende dieser Legislaturperiode durchgeführt bzw. initiiert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

16. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung im Hinblick auf die gemeinsame elterliche Sorge, die automatisch mit der Vaterschaftsanerkennung einhergehen soll, wie es der Entwurf eines Gesetzes des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Änderung des Abstammungs-, Kindschafts- und Kindesunterhaltsrechts vorsieht, sicherstellen, dass dies stets dem Kindeswohl entspricht, und aus welchen Gründen sieht sie hier Reformbedarf, obwohl die Evaluation keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht (vgl. Bundestagsdrucksache 19/1450)?

17. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem Entwurf eines Gesetzes des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zur Änderung des Abstammungs-, Kindschafts- und Kindesunterhaltsrechts sicherstellen, dass ein Kind auch ausreichend vor den Folgen miterlebter Gewalt gegen ein Elternteil geschützt wird, und plant sie hier eine rechtliche Klarstellung?
18. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wurde im Falle der Anklage gegen Hanno Berger für das Cum-Ex-Strafverfahren vor dem Landgericht Wiesbaden nach Kenntnis der Bundesregierung bereits ein internationaler Haftbefehl ausgestellt, und warum hat die Bundesregierung bisher kein Auslieferungsersuchen an die Schweiz beantragt?
19. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht über den 31. Dezember 2020 hinaus zu verlängern, und sieht die Bundesregierung Gefahr, dass durch die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht zahlungsunfähige oder überschuldete Firmen solvente Unternehmen schädigen (www.bmjv.de/DE/Themen/FokusThemen/Corona/Insolvenzantrag/Corona_Insolvenzantrag_node.html)?
20. Abgeordneter
Christian Kühn (Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Änderungen mietrechtlicher Vorschriften zur Begrenzung der Umlagefähigkeit der CO₂-Bepreisung auf die Mietenden sieht die Bundesregierung gemäß dem Klimaschutzprogramm 2030 vor, um das „Vermietende-Mietende-Dilemma“ (vgl. Gemeinsame Eckpunkte zur Begrenzung der Umlagefähigkeit der CO₂-Bepreisung von BMU, BMJV und BMF vom 16. September 2020) noch vor Einführung der CO₂-Bepreisung am 1. Januar 2021 zu lösen, und wenn keine, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

21. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie stellte sich nach Kenntnis der Bundesregierung die Armutsgefährdung von Menschen mit Behinderungen und von Menschen ohne Behinderungen jeweils in den Jahren 2010, 2015, 2017, 2018 und 2019 dar (in absoluten Zahlen und prozentualem Anteil insgesamt)?

22. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils in den Jahren von 2010 bis 2019 und ist derzeit die Arbeitslosenquote von schwerbehinderten Menschen und wie hoch die von nicht schwerbehinderten Menschen?
23. Abgeordneter
Michel Brandt
(DIE LINKE.)
- Warum verzögert sich laut Medienberichten die Beschlussfassung der Eckpunkte für ein Lieferkettengesetz im Bundeskabinett (www.tagesspiegel.de/wirtschaft/verantwortung-fuer-menschenrechte-warum-das-lieferkettengesetz-noch-immer-nicht-ins-kabinett-gekommen-ist/26263418.html), und welche Zugeständnisse wurden bereits im Verhältnis zum ursprünglichen Entwurf der Eckpunkte des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 10. März 2020, insbesondere in Bezug auf den Geltungsbereich und die Haftung, gemacht, um zu einer Einigung zu kommen?
24. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Ländern existieren derzeit bereits vereinbarte Vermittlungsabsprachen der Bundesagentur für Arbeit mit Drittstaaten, und mit wie vielen zusätzlichen Drittstaaten wurden Gespräche zu möglichen Vermittlungsabsprachen seit Dezember 2019 aufgenommen?
25. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Inwieweit können Arbeitsuchende die Unterstützung der Gesundheitsämter und kommunalen Behörden vor Ort bei der Bewältigung der Corona-Krise und der damit verbundenen Maßnahmen wahrnehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

26. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Haben Einheiten der Bundeswehr ihren Betrieb zwischenzeitlich eingestellt, während deren Personal mehrheitlich in der Corona-Hilfe der Bundesregierung tätig war, und wenn ja, wie viele?

27. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Wie viele Angehörige des Kommandos Spezialkräfte der Bundeswehr (KSK) haben in den Jahren 2018, 2019 und 2020 eine genehmigungspflichtige Nebentätigkeit ausgeübt, und wie viele davon sind einer Tätigkeit im Sicherheitsgewerbe bzw. für ein privates Sicherheits- und Militärunternehmen (wie beispielsweise GPC German Protective Consulting AG, ISP – Privates Institut oHG, BA Enterprises o. Ä.) nachgegangen (bitte jeweils nach Jahren und Anzahl auflisten)?
28. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Was kann die Bundesregierung zum Zeitplan der Beschaffung von Drohnen im Projekt HUSAR („Hocheffizientes Unbemanntes System zur Aufklärung mittlerer Reichweite“) mitteilen, das als Nachfolgesystem für Drohnen des Typs LUNA und KZO im Jahr 2019 genehmigt und ab 2020 in Serie produziert werden sollte (Bundestagsdrucksache 18/9644, Antwort zu Frage 20), und welche weiteren Details kann die Bundesregierung zu den Eigenschaften des Systems mitteilen?
29. Abgeordneter
Tobias Pflüger
(DIE LINKE.)
- Über wie viele Drohnen verfügt die Bundeswehr zurzeit, und welche Beschaffungen sind geplant (bitte wie im Plenarprotokoll 18/189, Antwort auf die Mündliche Frage 41 des Abgeordneten Dr. Alexander S. Neu nach einzelnen Typen und Gewichtsklassen darstellen)?
30. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Beschwerden aufgrund von Schieß- und Fluglärm am Truppenübungsplatz Grafenwöhr gab es in den Jahren 2019 und 2020 (bitte nach Monaten aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

31. Abgeordneter
Sven Lehmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welchen Regelungs- und Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, um die gerade veröffentlichte LGBTI/Equality-Strategie der EU-Kommission (https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/lgbtiq_strategy_2020-2025_en.pdf) in Deutschland umzusetzen?

32. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung insgesamt einschließlich all ihrer CDU-Bundesminister entgegen bisheriger Blockaden nun kurzfristig eine gesetzliche Frauenquote für Vorstände sowie Aufsichtsräte von DAX-Unternehmen entwerfen und dem Bundestag vorlegen, wie der CSU-Vorsitzender Markus Söder am 10. November 2020 forderte („bin für die Frauenquote ... sehr deutlich – dass wir uns bei den Gesetzen einen Ruck geben und das ... umsetzen müssen“, vergleiche www.spiegel.de/politik/deutschland/csu-markus-soeder-fuer-frauenquote-in-dax-vorstaenden-a-1617a898-d7e2-4302-b40a-87d744ef307b) sowie den Einwand explizit zurückwies, der Gesetzgeber dürfe das „nicht vorschreiben“ (a. a. O.), oder mit welchen Fakten widerspricht die Bundesregierung den Feststellungen des CSU-Vorsitzenden („es gibt genauso viele hochqualifizierte Frauen wie Männer, die diese Jobs locker machen können. Wir müssen ein Signal setzen [als] Vorbild für die vielen jungen Frauen in unserem Land“; a. a. O.)?

33. Abgeordnete
Ulle Schauws
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wann plant die Bundesregierung, das Führungspositionengesetz, das sogenannte FüPoG II, für das die Bundesministerinnen Franziska Giffey und Christine Lambrecht gemeinsam einen Gesetzentwurf für die Novellierung erarbeitet haben und der bereits seit einigen Monaten vorliegt, in den Deutschen Bundestag einzubringen, und hat die Bundeskanzlerin, die sich zum Thema Repräsentanz von Frauen mit den Worten „Parität ist das Ziel“ in der Öffentlichkeit geäußert hat (www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/buero-c/o/merkel-ueber-frauen-im-beruf-paritaet-ist-das-ziel-16828438.html), ihre Unterstützung zugesagt, das Führungspositionengesetz noch in dieser Wahlperiode auf den Weg zu bringen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

34. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung, um die notwendigen -70 °C bei den tiefgefrorenen mRNA-Impfstoffen in der (Zwischen-)Lagerung des Corona-Impfstoffes durch die Bundeswehr sicherzustellen, und mit welchen Maßnahmen gedenkt die Bundesregierung, die Kühlkette zwischen Fabriken und Krankenhäusern aufrechtzuerhalten (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/pandemie-bundeswehr-will-bei-lagerung-eines-moeglichen-corona-impfstoffs-helfen/26602118.html)?
35. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)
- Wie soll die Logistik für die Verteilung des Impfstoffes konkret geregelt sein, und aus welchem Grund ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die Bundeswehr eine sichere und sachgemäße Logistik besser gewährleisten kann als der mit der Logistik von Impfstoffen und Medikamenten erfahrene Pharmagroßhandel (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/pandemie-bundeswehr-will-bei-lagerung-eines-moeglichen-corona-impfstoffs-helfen/26602118.html)?
36. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, dass für Deutschland mehr als die durch den EU-Verteilungsschlüssel vorgesehenen 56 Millionen COVID-19-Impfstoffdosen, welche sich an der Bevölkerungszahl bemessen, zur Verfügung stehen werden, und durch welche Legitimation und Verhandlungen käme die Differenz von 44 Millionen zusätzlichen Impfstoffdosen für Deutschland zustande (www.tagesschau.de/inland/impfdosen-biontech-101.html)?
37. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann hat eine mündliche, schriftliche oder textliche Kommunikation zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und dem Bundesministerium für Gesundheit stattgefunden, aus der sich ergeben hat, einen dauerhaften Steuerzuschuss zur Pflegeversicherung einzurichten, mit dem die Pflege-Eigenanteile pflegebedürftiger Menschen begrenzt werden sollen, und wo findet sich dieses Vorhaben im vorgelegten Entwurf des Haushaltsgesetzes für das Jahr 2021 oder in der Finanzplanung der Bundesregierung bis zum Jahr 2024 wieder?

38. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Anpassungen der Regelungen zum Schwangerschaftsabbruch plant die Bundesregierung, um den Zugang unter Pandemiebedingungen sicherzustellen im Hinblick auf internationale Erfahrungen (www.rcog.org.uk/en/news/royal-college-of-obstetricians-and-gynaecologists-and-faculty-of-sexual-and-reproductive-healthcare-respond-to-latest-abortion-statistics-in-england-and-wales/) und Empfehlungen (www.who.int/publications/i/item/WHO-2019-nCoV-essential-health-services-2020.1) u. a. zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch mit telemedizinischer Begleitung?
39. Abgeordnete
Dr. Kirsten Kappert-Gonther
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, die technische Unterstützung (technical assistance) der Weltgesundheitsorganisation für den Prozess der Erstellung der geplanten Nationalen Leitlinie zum sicheren Schwangerschaftsabbruch zu erbitten, insbesondere vor dem Hintergrund internationaler Entwicklungen zum medikamentösen Schwangerschaftsabbruch mit telemedizinischer Begleitung (www.who.int/publications/i/item/9789241550550, www.who.int/publications/i/item/clinical-management-of-covid-19)?
40. Abgeordneter
Niema Movassat
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Einstufung von Cannabidiol (CBD) als Betäubungsmittel durch die EU-Kommission (www.deutsche-apotheker-zeitung.de/news/artikel/2020/08/17/eu-kommission-wertet-cbd-als-betaeubungsmittel/)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

41. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie haben sich die Investitionen des Bundes in Neu- und Ausbau von Bundesfernstraßen zwischen 2009 und 2020 entwickelt (bitte jahresscheibengenau in Mrd. Euro und nach Bundesautobahnen und Bundesstraßen differenziert aufschlüsseln)?
42. Abgeordneter
Sven-Christian Kindler
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Kilometer Bundesschienenwege wurden in Niedersachsen zwischen 2009 und 2020 neu gebaut bzw. neu in Betrieb genommen, und wie viele Kilometer Bundesfernstraßen wurden in Niedersachsen zwischen 2009 und 2020 neu gebaut bzw. neu in Betrieb genommen (bitte jeweils jahresscheibengenau angeben)?

43. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was ist der Unterschied, weshalb für das Technologie- und Innovationszentrum Wasserstofftechnologie ein Standortauswahlprozess durchgeführt wird (www.bmvi.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2020/059-scheuer-zentrum-wasserstofftechnologie.html), obwohl für das Deutsche Zentrum Mobilität der Zukunft kein Standortauswahlverfahren durchgeführt wurde, und welche Kriterien zieht die Bundesregierung grundsätzlich für die Frage heran, ob ein Standortauswahlverfahren initiiert wird oder nicht?
44. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Möglichkeit, Autobahnen mit Photovoltaikanlagen zu überdachen (www.stern.de/auto/energie/wende-ein-solardach-fuer-deutschlands-autobahnen-9361992.html), und welche Mittel sind gegebenenfalls vorgesehen, um Projekte, insbesondere auch Forschungs- und Pilotprojekte, umzusetzen?
45. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie gestaltet/gestaltet sich die Personalsituation zusammengefasst in den Bereichen Anhörung/Plangenehmigung/Planfeststellung beim Eisenbahn-Bundesamt aktuell und zu den gleichen Vorjahreszeitpunkten in den Jahren 2017, 2018 und 2019 (bitte Planstellen und besetzte Stellen gegenüberstellen), und wie viele eisenbahnrechtliche Plangenehmigungen (Plangenehmigung und Planfeststellung) wurden jeweils zu den vier angefragten Zeitpunkten bearbeitet?
46. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welcher Höhe plant die Deutsche Bahn AG im laufenden Jahr, im Jahr 2021 und in den Folgejahren den Abbau von Stellen in der Konzernzentrale (bitte in Vollzeitstellen und eingesparter Summe an Personalkosten für die einzelnen Jahre ausführen), und welcher Betrag soll in den genannten Jahren jeweils bei den Zulieferern eingespart werden?
47. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Wie hat sich die Anzahl der Signalstörungen im deutschen Schienennetz nach Kenntnis der Bundesregierung in den vergangenen zehn Jahren entwickelt, und welcher Anteil dieser Signalstörungen hatte Auswirkungen auf den Betriebsablauf (bitte jeweils nach Jahren aufschlüsseln)?

48. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)
- Plant die Deutsche Bahn AG nach Kenntnis der Bundesregierung, nach Inbetriebnahme der Ausbaustrecke Berlin–Dresden im Dezember 2020 und der damit verbundenen Erhöhung der Streckengeschwindigkeit auf 200 km/h auf der Strecke mit ETCS ausgerüstete Fahrzeuge einzusetzen, um dadurch die Reisezeit zu verkürzen, und falls nein, warum nicht (www.dbnetze.com/infstruktur-de/Kundeninformationen/2019_KW38_ETCS_auf_ABS_Bln-Dresden-4419374)?
49. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Welche einzelnen Maßnahmen beinhaltet das Maßnahmenpaket, welches der Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Andreas Scheuer im Rahmen des Gipfels für Nutzfahrzeuge am 11. November 2020 vorgestellt hat, und wie verteilt sich das Budget von rund 5 Mrd. Euro auf die einzelnen Maßnahmen (www.handelsblatt.com/politik/deutschland/co2-abgabe-bund-will-4000-kilometer-oberleitungen-auf-autobahnen-bauen/26612972.html?ticket=ST-12004200-yydkOqY4ZebcVsAraVn-ap5)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

50. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Auf welcher Grundlage geht die Bundesregierung davon aus, Anreize für Vermieter schaffen zu müssen, in klimaschonende Heizungen und gute Isolierung zu investieren, und wie viele Vermieter können nach Meinung der Bundesregierung diese Kosten ohne persönliche Nachteile tragen (www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/co2-preis-inwiefern-muessen-sich-vermieter-beteiligen_84342_525922.html)?
51. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD)
- Warum halten es Teile der Bundesregierung für richtig, künftig die Vermieter mindestens die Hälfte der zusätzlichen Kosten, die aus dem CO₂-Preis entstehen, tragen zu lassen, und von welchen Konsequenzen für die Mietpreise geht die Bundesregierung in diesem Zusammenhang aus (www.haufe.de/immobilien/wirtschaft-politik/co2-preis-inwiefern-muessen-sich-vermieter-beteiligen_84342_525922.html)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

52. Abgeordnete
Daniela Kluckert
(FDP)
- Wie positioniert sich die Bundesregierung zu der Quantität und Qualität der Ausgründungen der Fraunhofer-Gesellschaft, welche selbst jährlich von staatlichen Förderungen in Milliardenhöhe profitiert (www.wiwo.de/my/technologie/forschung/fraunhofer-first-entrepreneure-last-die-fassade-des-makellosen-rufs-beginnt-zu-broeckeln/26569350.html?ticket=ST-11403040-03XQBKliKNjODrLa4nNL-ap5&ticket=ST-11407118-3X9h1Ah4XjB3cpLJSH15-ap5)?
53. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Beabsichtigt die Bundesregierung, in ihrer Rolle als Vorsitzende des Wettbewerbsrates in der Sitzung am 27. November 2020 zum Thema Forschung, den ITER-Beschluss basierend auf dem Kommissionsvorschlag von 2018 zu verabschieden (vgl. <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2018:0445:FIN:DE:PDF>), und arbeitet die Bundesregierung beispielsweise mittels ihrer Möglichkeit, die Agenda zu beeinflussen, darauf hin, die Mittel für das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung für den Zeitraum 2021 bis 2025 zu kürzen (wie z. B. mittels der Vorlage von Änderungsvorschlägen oder der Durchführung von Vermittlungsrunden zwischen Mitgliedstaaten, die der Atomkraft kritisch gegenüberstehen, vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52018PC0437>)?
54. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern findet nach Kenntnis der Bundesregierung eine Qualitätssicherung digitaler Lehre statt, und inwiefern unterstützt die Bundesregierung Projekte zur Qualitätssicherung digitaler Lehre innerhalb und außerhalb des Qualitätspakts Lehre und des Programms Innovation in der Hochschullehre?
55. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die psychosoziale Belastung von Studierenden und Auszubildenden in der Corona-Pandemie gewonnen bzw. plant sie zu gewinnen, und welche Gegenmaßnahmen hat sie ergriffen bzw. plant sie zu ergreifen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

56. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Welche Corona-Hilfen hält die Bundesregierung für kleine Musik-Festivals (z. B. unter 900 Teilnehmende oder eintägige oder sogenannte „Umsonst&Draußen“-Festivals) bereit, und wie gedenkt die Bundesregierung, coronabedingte Ausfälle auch rückwirkend finanziell abzufedern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

57. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sollte nach Ansicht der Bundesregierung die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) darauf drängen, dass Ratingagenturen bei Unternehmens- und Kapitalanlagebewertungen (wie sie zum Beispiel für Lebensversicherer bei der Ermittlung der Solvenzanforderungen herangezogen werden) auf die tatsächliche unmittelbare und mittelbare wirtschaftliche Situation abstellen sollten, wie sie sich ohne die Sondereffekte aus dem Insolvenzaussetzungsgesetz (Bundestagsdrucksache 19/22178) ergibt, oder sollten nach Ansicht der Bundesregierung die Bewertungen unter Berücksichtigung dieser Sondereffekte erfolgen und sollte dann eine Anpassung auf eine realistische Wirtschaftslage erst nach Ablauf des Insolvenzaussetzungsgesetzes erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

58. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Unterstützt die Bundesregierung die Pläne, in der Europäischen Union die sichere Kommunikation mittels Ende-zu-Ende-Verschlüsselung durch die Verpflichtung für die Diensteanbieter, sogenannte Generalschlüssel einzurichten und zu verbreiten, einzuschränken (bitte begründen; www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/wien-anschlag-eu-minister-rat-will-verschluesselung-einschraenken-a-57acf910-c93f-4353-8b2f-bbd94b41b74e)?

59. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Welche Maßnahmen haben die dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat nachgeordneten Behörden Bundeskriminalamt (BKA) und Bundespolizei im Jahr 2020 zugunsten von Behörden in Ägypten durchgeführt oder geplant, und welche Methoden wurden in dem Lehrgang „Grundlagen und Methodik der Operativen Analyse“, den das BKA im Jahr 2017 abgehalten hat, vermittelt (Bundestagsdrucksache 19/892)?
60. Abgeordneter
Dr. Dirk Spaniel
(AfD)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem gescheiterten Versuch der nordrhein-westfälischen Polizei, E-Autos für den Dienstgebrauch einzusetzen, für eine mögliche Umrüstung der Fahrzeugflotte der Bundespolizei auf E-Autos (www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-regional-politik-und-wirtschaft/nrw-polizei-testet-e-autos-ohne-viel-erfolg-73838604.bild.html)?
61. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Sieht die Bundesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen Lage der „Corona-Pandemie“ Anlass, konkrete Strategien zu entwickeln oder hat sie dies gegebenenfalls bereits getan, nötigenfalls auch in der Bund-Länder-Koordination, um frühzeitig bei Fortgang des aktuellen Infektionsgeschehens oder bei dessen Wiederkehr im nächsten Jahr und der damit durch die Bundes- und Landesregierungen bereits verhängten bzw. noch zu erwarteten Maßnahmen öffentliche Wahlen als herkömmliche Urnenwahlen sicherzustellen, und wenn ja, wie sehen diese aus (vgl. dazu Oldenburger Onlinezeitung vom 11. November 2020 – <https://oldenburger-onlinezeitung.de/nachrichten/bundeswahlleiter-gegen-reine-briefwahl-bei-bundestagswahl-2021-53086.html> – und RTL.de vom 27. Oktober 2020 – <https://rtl.de/cms/bundestagswahlen-unter-corona-bedingungen-moeglich-dasagt-der-bundeswahlleiter-4638099.html> –, jeweils zuletzt abgerufen am 11. November 2020)?

62. Abgeordneter
Tobias Matthias Peterka
(AfD)
- Gedenkt die Bundesregierung, vor dem Hintergrund der Erfahrungen jüngster islamistischer Terroranschläge in Europa, in Übereinstimmung mit den neuerlichen Forderungen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron, auf Ebene der Europäischen Union auf die Einführung weitergehender Sicherungsmaßnahmen an den Binnengrenzen hinzuwirken und insbesondere auch Veränderungen der deutschen Grenzschutzpolitik vorzunehmen, um die Zivilbevölkerung vor weiterem Terror zu schützen (vgl. Netzseite der Bundesregierung vom 10. November 2020 – <https://bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/videokonferenz-anti-terror-1810066> – sowie Handelsblatt vom 10. November 2020 – <https://handelsblatt.com/politik/international/internationale-videoschalte-macron-droht-mit-spaltung-des-schengenraums/26611394.html> –, jeweils zuletzt abgerufen am 11. November 2020?
63. Abgeordnete
Lisa Badum
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit prüft die Bundespolizei im Rahmen ihrer Amtshilfe für die Länderpolizeien deren Hygienekonzepte für Großeinsätze, und inwieweit erfolgt vor dem Hintergrund der aktuellen Pandemielage eine Prioritätensetzung der Bundespolizei gemäß der Sicherheitslage im Zusammenhang mit Corona in der Form, dass sie ihre Teilnahme an aufschiebbaeren Großeinsätzen im Rahmen der Amtshilfe für die Länder gegebenenfalls aus Kapazitätsgründen ablehnt?
64. Abgeordneter
Dr. Christian Jung
(FDP)
- Plant die Bundesregierung, ggf. in Zusammenarbeit mit den Bundesländern, eine Befreiung des Logistiksektors von bestehenden Quarantäne- und Testpflichten, um die Logistikketten nicht zu gefährden?
65. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl sogenannter Gefährder auf deutschem Staatsgebiet zum Stichtag 31. Oktober 2020, d. h. von Personen, die politisch motivierte Straftaten von erheblicher Bedeutung im Sinne von § 100a der Strafprozessordnung (StPO) im Bereich islamistischer Terrorismus begehen könnten, und wie viele davon sind nach Kenntnis der Bundesregierung in Deutschland in Haft?
66. Abgeordneter
Thomas Seitz
(AfD)
- Wie hoch ist nach Kenntnis der Bundesregierung die Anzahl sogenannter relevanter Personen auf deutschem Staatsgebiet zum Stichtag 31. Oktober 2020, d. h. von Personen im Umfeld von Gefährdern, die bereit sind, bei der Vorbereitung einer politisch motivierten Straftat von erheblicher Bedeutung im Bereich islamistischer Terrorismus zu helfen oder Gefährder logistisch zu unterstützen?

67. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Wer ist dafür verantwortlich, dass (so Rechtsanwalt Eisenberg in einer Presseerklärung vom 28. Oktober 2020) das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) die Bremer Staatsanwaltschaft und das Bremer Landgericht nicht darüber informiert hat, wenn Anerkennungsbescheide aus Bremen, wegen derer die ehemalige Leiterin der Bremer BAMF-Außenstelle angeklagt worden war, von den Verwaltungsgerichten als rechtmäßig beurteilt und die Rücknahme dieser Anerkennungen als rechtswidrig verworfen wurden, was nach meiner Ansicht für die strafrechtliche Bewertung dieser Anerkennungsentscheidungen von erheblicher Bedeutung und womöglich auch der Grund dafür ist, dass das Bremer Landgericht entsprechende asyl- und aufenthaltsrechtlich begründete Anklagepunkte verworfen hat (vgl. Pressemitteilung Nr. 75/2020 der Pressestelle des Landgerichts Bremen), und warum hat die Bundesregierung kritische Fragen der Fraktion DIE LINKE. dazu, dass bei verwaltungsgerichtlichen Überprüfungen der inkriminierten Bremer Anerkennungsbescheide diese mehrheitlich für rechtmäßig erklärt und spätere Rücknahmen dieser Bescheide als rechtswidrig verworfen wurden (z. B. bestätigte der Parlamentarische Staatssekretär Stephan Mayer am 17. Mai 2019 auf eine Beschwerde des Parlamentarischen Geschäftsführers der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag Jan Korte, dass zum damaligen Zeitpunkt ausschließlich Urteile vorlagen, mit denen die ursprünglichen Abschiebungsverbote nach Bulgarien bestätigt und die späteren Rücknahmen wieder aufgehoben wurden, vgl. auch Bundestagsdrucksache 19/8445, Antwort zu Frage 33), nicht zum Anlass genommen, die Vorgehensweise des BAMF im Umgang mit Bremer Bescheiden grundsätzlich zu hinterfragen und vergleichbare, noch nicht rechtskräftige Rücknahmebescheide unter Berücksichtigung der vorliegenden Urteilsgründe durch das BAMF noch einmal überprüfen und gegebenenfalls aufheben zu lassen, um weiteren gerichtlichen Verurteilungen des BAMF und falschen Verdächtigungen gegenüber der ehemaligen Leiterin in Bremen gleichermaßen vorzubeugen (bitte ausführen)?

68. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Inwiefern ist der Verzicht auf die Erwähnung sog. Adbusting-Aktionen im Bereich „Linksextremismus“ im Bericht des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) für 2019 als Schlussfolgerung aus öffentlichen und rechtswissenschaftlichen Reaktionen auf die im Jahresbericht 2018 erfolgte Erwähnung im BfV-Bericht zu werten (vgl. etwa das Gutachten von Andreas Fischer-Lescano und Andreas Gutmann auf <https://verfassungsblog.de/adbusting-unbequem-aber-grundrechtlich-geschuetzt/>, die Berichterstattung in der taz.die tageszeitung, <https://taz.de/Repression-gegen-Adbusting!/5693667/>, zudem wird auf die Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 1 und 2 der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE LINKE. „Einordnung von Adbusting als linksextremes Gewaltdelikt durch das Bundesamt für Verfassungsschutz“ auf Bundestagsdrucksache 19/17240 verwiesen, in der die Bundesregierung noch ausgeführt hatte, sie verordne polizeikritisches Adbusting in einem „thematischen Zusammenhang“ mit dem gewalttätigen Linksextremismus), und welche Adbusting-Aktionsformen sind in diesem Jahr bislang vom Militärischen Abschirmdienst registriert worden?

69. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was unternimmt die Bundesregierung gegen die demonstrative Missachtung von Infektionsschutzgesetzen durch bestimmte Personengruppen, zumindest in ihren originären Zuständigkeitsbereichen, wie zum Beispiel bei der Deutschen Bahn AG oder auf Bahnhöfen, um dort – im Gegensatz zu Ereignissen wie jüngst in Leipzig (siehe zum Beispiel DER SPIEGEL vom 11. November 2020, www.spiegel.de/politik/deutschland/demos-gegen-corona-massnahmen-warum-werden-rechts-verstoesse-geduldet-a-781847d8-0312-4610-b277-bc107d32f8a9) und im Einklang mit ihrer grundsätzlichen Haltung (siehe zum Beispiel „Dort, wo Grenzen überschritten, Regeln missachtet oder Gesetze gebrochen werden, gilt für mich null Toleranz“, so Innenminister Horst Seehofer in seiner Antrittsrede; STUTTGARTER ZEITUNG vom 23. März 2018, www.stuttgarterzeitung.de/Inhalt.erste-rede-im-bundestag-seehofe-r-plaedierte-fuer-null-toleranz-strategie.f715f4b2-4c29-40a1-9499-feba5d74b172.html) – zumindest im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei, Recht und Gesetz gegen diese Personengruppen durchzusetzen?

70. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung Berichte aus den sozialen Netzwerken bestätigen, wonach sich der iranische Strafrichter, Hassan Tardast, in Deutschland aufhalten soll, und wenn ja, mit welcher Begründung wurde jemandem, der für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sein soll (www.iranhumanrights.org/2018/06/who-are-the-state-vetted-lawyers-exclusively-allowed-to-defend-detainees-facing-political-charges-in-iran/), ein Visum zur Einreise nach Deutschland erteilt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

71. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über die Verweigerung notwendiger medizinischer Versorgung für den in Bahrain seit den im Jahr 2011 niedergeschlagenen Demonstrationen inhaftierten 72-jährigen Oppositionsführer Hassan Mushaima, dessen Gesundheitszustand sich Menschenrechtsaktivisten zufolge jüngst erneut verschlechtert hat (z. B. <https://twitter.com/yusufAlhoori/status/1326590525932232706>), und inwiefern hat sich der Bundesminister des Auswärtigen Heiko Maas bei seinem Besuch des Königreichs Bahrain im September 2020 für die Freilassung von Hassan Mushaima und anderer dort inhaftierter politischer Gefangener eingesetzt (<https://twitter.com/GermanyBahrain/status/1304447518055583744>)?
72. Abgeordneter
Johannes Huber
(AfD)
- Hält die Bundesregierung auch im kommenden Jahr an ihrer Sanktionspolitik als Strafmaßnahme gegen Russland fest (www.dw.com/de/wirtschafts-sanktionen-gegen-russland-verl%C3%A4ngert/a-53874597), und wie hoch sind die daraus entstehenden Verluste des Jahres 2019 für Deutschland (www.handelsblatt.com/politik/international/auslandshandelskammer-deutsche-wirtschaft-in-russland-beklagt-milliardenverluste-durch-us-sanktionen/24498370.html), die es nach meiner Auffassung – besonders unter Berücksichtigung der Wirtschaftskrise durch die Folgen der „Lockdown-Politik“ – zu kompensieren gilt?
73. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- In wie vielen Staaten weltweit steht die Konversion zum Christentum nach Kenntnis der Bundesregierung unter Strafe (bitte für die Jahre 2000, 2010 und 2020 angeben)?

74. Abgeordneter
Dr. Anton Friesen
(AfD)
- Wie viele deutsche Journalistinnen bzw. Journalisten, die für deutsche Medien arbeiten, sitzen nach Kenntnis der Bundesregierung derzeit weltweit in Haft (bitte nach Staaten aufschlüsseln)?
75. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung beziehungsweise setzt sie bereits um, um in Belarus den Opfern von Repression, Gewalt und Folter schnellstmöglich Unterstützung zu gewähren (eventuell in Form eines Soforthilfefonds) und hierfür die nötigen finanziellen Kapazitäten zu schaffen, so wie es mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Belarus – Politische Gefangene freilassen, freie und faire Neuwahlen ermöglichen, Zivilgesellschaft stärken und Verfassungsreform initiieren“ (Bundestagsdrucksache 19/23943) am 4. November 2020 im Deutschen Bundestag als Forderung beschlossen wurde?
76. Abgeordneter
Manuel Sarrazin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern hat die Bundesregierung bereits Gespräche mit zuständigen Akteurinnen und Akteuren in Litauen oder Polen geführt, um bei Bedarf Unterstützung seitens der Bundesregierung bei der Hilfe für politisch verfolgte Menschen aus Belarus anzubieten (z. B. Hilfe für den Aufbau exil-zivilgesellschaftlicher Strukturen und unabhängiger Medien oder die Unterbringung von Studierenden), so wie es mit dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „Belarus – Politische Gefangene freilassen, freie und faire Neuwahlen ermöglichen, Zivilgesellschaft stärken und Verfassungsreform initiieren“ (Bundestagsdrucksache 19/23943) am 4. November 2020 im Deutschen Bundestag als Forderung beschlossen wurde?

77. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Warum wird die Regelung des Visumhandbuchs im Kapitel „Nachweis einfacher Deutschkenntnisse beim Ehegattennachzug“ (dort Seite 6) nicht umgesetzt, nach der, wenn „im Amtsbezirk der Auslandsvertretung keine Sprachprüfungen eines anerkannten Sprachinstituts angeboten“ werden, was nach Angaben der Bundesregierung vom 27. Oktober 2020 an mich derzeit auf etwa 81 Drittstaaten zutrifft, „die Auslandsvertretung sich stattdessen vom Vorliegen der einfachen Deutschkenntnisse im Rahmen der persönlichen Vorsprache des Ehegatten in anderer geeigneter Weise selbst zu überzeugen (Eigenfeststellung)“ hat, was nach meiner Kenntnis in diesen Ländern geradezu nicht regelmäßig erfolgt, sondern allenfalls auf individuellen (Härtefall-)Antrag hin, während im Allgemeinen auf die Vorlage eines entsprechenden Sprachnachweises bestanden wird (vgl. z. B. Bundestagsdrucksachen 19/21117, Antwort auf meine Schriftliche Frage 40, und 19/21928, Antwort auf meine Schriftliche Frage 27, bitte begründen), und würde es nicht auch der Entlastung des in der Pandemie ohnehin sehr beanspruchten Personals in den Visastellen dienen, grundsätzlich auf einen zertifizierten Sprachnachweis zu verzichten in Ländern, in denen dieser von den Betroffenen unverschuldet ohnehin nicht beigebracht werden kann, statt die jeweiligen Sprachkenntnisse oder die Bedingungen, die den Spracherwerb erschweren oder unzumutbar werden lassen, unter Berücksichtigung aller individuellen Umstände in aufwendigen Einzelfallprüfungen individuell feststellen zu wollen, zumal die Betroffenen nach ihrer Einreise ohnehin zur Integrationskursteilnahme verpflichtet sein werden (bitte begründen)?

78. Abgeordnete
Gökay Akbulut
(DIE LINKE.)

Welche ganz konkreten Vorgaben zur Unzumutbarkeit von Sprachlernbemühungen aufgrund coronabedingter Schwierigkeiten des Spracherwerbs wurden den Auslandsvertretungen gemacht (Nachfrage zur Antwort des Staatsministers Niels Annen, Plenarprotokoll 19/188, Seite 23682 B, auf meine Mündliche Frage 6, der diesbezüglich von einem sechsmonatigen Zeitrahmen sprach, sich aber nur auf Sprachschulen oder Reisebeschränkungen, nicht aber z. B. auf fehlende zertifizierte Prüfungsmöglichkeiten bezog; bitte ausführen), und wie kann das bei der Regelung der Deutsch-Sprachnachweise im Ausland beim Ehegattennachzug vorgegebene Ziel, die Integration zu erleichtern, erreicht werden, wenn wegen coronabedingter Erschwernisse des Spracherwerbs und/oder der fehlenden Möglichkeit, die geforderte zertifizierte Sprachprüfung in bestimmten Ländern abzulegen, der Nachzug um viele Monate bzw. auf unabsehbare Zeit verzögert wird, während die geforderten Deutschkenntnisse in dieser Zeit in Deutschland, mit Hilfe des hiesigen Integrationskurssystems, im alltäglichen Gebrauch der Sprache und mit Hilfe des hier lebenden Ehepartners nach meiner Einschätzung längst und viel leichter erworben werden könnten, vor dem Hintergrund, dass nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 9. Juli 2015 (C-153/14) Ausnahmen von der Grundregel der Genehmigung des Familiennachzugs eng auszulegen sind, das Ziel einer Förderung der Familienzusammenführung nicht beeinträchtigen dürfen und geforderte Integrationsmaßnahmen vor der Einreise nur dann als legitim gelten können, wenn sie die Integration der Familienangehörigen erleichtern, wovon nach meiner Einschätzung angesichts der coronabedingten Erschwernisse des Spracherwerbs bzw. -nachweises im Ausland keine Rede sein kann (a. a. O., Randnummern 50 ff., bitte begründen)?

79. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die deutsch-ägyptische Zusammenarbeit im Rahmen des Abkommens über die Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich hinsichtlich der Einhaltung der Menschenrechte, da die an ägyptische Behörden vermittelten Kenntnisse oder die überlassene Ausrüstung nach meiner Einschätzung möglicherweise auch für die Verfolgung von Oppositionellen oder LGBTQI-Personen genutzt werden könnten (vgl. „Drei Jahre Gefängnis für einen TikTok-Tanz“, www.tagesschau.de vom 6. September 2020), und wann wurde dies zuletzt evaluiert?

80. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Aktivitäten bzw. Maßnahmen zur Deeskalation und zum Schutz der Zivilbevölkerung hat die Bundesregierung im Zusammenhang mit dem aktuellen gewaltsamen Konflikt in der Region Tigray bereits ergriffen, und welche weiteren Angebote an die äthiopische Regierung sind kurzfristig geplant (www.dw.com/en/ethiopian-pm-at-war-with-tigray/a-55553939)?
81. Abgeordneter
Ottmar von Holtz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung als Reaktion auf den aktuellen gewaltsamen Konflikt in der Region Tigray Hilfsmaßnahmen bzw. Unterstützungen für die Geflüchteten und Binnenvertriebenen, sowohl in eigener Verantwortung als auch über internationale Hilfsorganisationen wie den Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, und wenn ja, welche (www.theguardian.com/world/2020/nov/11/thousands-of-refugees-cross-into-sudan-to-flee-fighting-in-ethiopia)?
82. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse (auch nachrichtendienstliche) darüber, dass sich im Zuge der seit dem 4. August 2020 und bis zum 8. November 2020 geltenden Absprache mit der Türkei über den sicheren Reiseverkehr zwischen beiden Ländern mit der Zusage der Türkei, alle Rückreisenden nach Deutschland verbindlich vor Abflug auf COVID-19 zu testen, Personen mit falschen Bescheinigungen, sich nicht mit COVID-19 infiziert zu haben, nach Deutschland eingereist sind, vor dem Hintergrund entsprechender Pressemeldungen über gefälschte Testergebnisse (www.sozcu.com.tr/2020/dunya/ohal-ilan-eden-almanyada-covid-19-un-merkez-ussu-turkler-oldu-6102528/), und mittels welcher konkreten Maßnahmen geht die Bundesregierung derartigen Hinweisen nach (bitte auflisten)?

83. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- In wie vielen Fällen der beantragten Rückführung des Kindes aus einer sogenannten binationalen Partnerschaft, aber mit deutscher Staatsangehörigkeit, durch ein Elternteil mit deutscher Staatsangehörigkeit hat es nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beitritt der Ukraine zum Haager Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (auch Haager Kindesentführungsübereinkommen – HKÜ) im Jahr 2008 bis dato eine tatsächliche Rückführung im Sinne des HKÜ von in die Ukraine entführten Kindern nach Deutschland gegeben (bitte entsprechend den Jahren die Zahl der Anträge und Rückführungen auflisten), und welche konkreten Konsequenzen hat die Bundesregierung gegenüber der Ukraine gezogen, um die Nichtdurchsetzung des HKÜ in der Ukraine bezüglich entführter Kinder deutscher Staatsangehörigkeit zu sanktionieren, vor dem Hintergrund, dass in der Ukraine zwar das HKÜ anwendbar ist, es jedoch von der Ukraine nur unzureichend dahingehend umgesetzt wird, dass selbst rechtskräftige Rückführungsentscheidungen ukrainischer Gerichte faktisch nicht gegen den Willen des entziehenden Elternteils, insbesondere der ukrainischen Mutter, vollstreckt werden (www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/ukrainesicherheit/201946)?
84. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was versteht die Bundesregierung konkret unter dem in der Zusammenarbeit mit Burkina Faso zu Grunde gelegten „umfassenden Sicherheitsbegriff“ (vgl. Antwort zu Frage 1a auf Bundestagsdrucksache 19/23861), und inwiefern gilt beim im Engagement der Bundesregierung angewandten „vernetzten Ansatz“ (ebd.) ein Primat der zivilen Kooperation?
85. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den laut Presseberichten umstrittenen Wahlen in Côte d’Ivoire vom 31. Oktober 2020 für die Reformpartnerschaft mit dem Land, und mit welchen konkreten Maßnahmen engagiert sich die Bundesregierung, um einen drohenden Gewaltausbruch zu verhindern (<https://taz.de/Nach-Wahlen-in-der-Elfenbeinkueste!/5723961/>)?
86. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)
- Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den Berichten über zahlreiche Unstimmigkeiten und Stimmenkauf bei den derzeit stattfindenden Parlamentswahlen in Ägypten (www.madamasr.com/en/2020/11/08/feature/politics/campaign-operatives-buy-votes-as-security-pressures-local-leaders-on-behalf-of-ruling-nations-future-party/)?

87. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Wie schätzt die Bundesregierung angesichts der geplanten Siedlungseinheiten in Har Homa, Givat Hamatos und Atarot, die die palästinensischen Viertel Beit Safafa und Sharafat abschneiden würden, die Gefahr für den künftigen Friedensprozess auf Basis einer Zwei-Staaten-Lösung ein (www.middleeasteye.net/news/israel-palestine-trump-settlements-east-jerusalem)?